



Im Bereich des Landes soll die Plastikflut eingedämmt werden, hat der Landtag auf einen KPÖ-Antrag hin beschlossen

flickr/allybeag

Schneller zum Recht kommen

Der Steirische Sozialbericht lag dem Landtag vor. KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler machte auf die oft viel zu langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen Betroffener aufmerksam. Hier müssten Menschen oft bis zu ein Jahr auf einen Bescheid warten.

Wohnbeihilfe

Einen weiteren Kritikpunkt ortet die KPÖ bei der Wohnbeihilfe. Klimt-Weithaler: „Die Wohnbeihilfe gehört schon längst wertgesichert. Es kann nicht sein, dass beispielsweise Ausgleichsbezieher bei einer kleinen Pensionserhöhung dann weniger Wohnbeihilfe bekommen. Wir haben bereits

Anträge zur Wertanpassung eingebracht. Diese wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.“

Schutz für Lehrlinge

Im Juni 2008 wurde in Österreich der Kündigungsschutz für Lehrlinge gelockert. ÖVP und SPÖ führten dieses skandalöse Vorhaben gemeinsam durch, statt etwas gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Im Landtag brachte die KPÖ nun einen Antrag auf Wiederherstellung des Lehrlingsschutzes ein. Dieser wurde aber mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Abgeordnete im Landtag



Am Ende des Geldes

Kurz vor Weihnachten haben SPÖ und ÖVP ein Landesbudget beschlossen, hinter dem der Finanzlandesrat – wie er selbst sagt – nicht steht! Es ist nicht das erste Budget, das Dr. Buchmann mit seiner Fraktion beschließt, obwohl es alle für schlecht halten. Die SPÖ hingegen spricht von Einigung mit dem Regierungspartner und vernünftigen Sparmaßnahmen. Der Landeshauptmann war bei der Debatte nicht anwesend.

Ich kann darüber nur den Kopf schütteln: Darüber, wie die Regierungsparteien mit dem Landeshaushalt umgehen und über das Budget selbst.

Den Menschen sagt man, dass sie sparen müssen, weil die öffentlichen Kassen leer sind. Gleichzeitig werden alle Vorschläge, die Einnahmen bringen, von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Weder die Einführung einer Nahverkehrsabgabe (würde rund 24 Millionen Euro jährlich bringen),

noch die höhere Besteuerung von Glücksspielautomaten (rund 40 Millionen Euro jährlich) haben deren Zustimmung gefunden. Und schon gar nicht die Einführung einer Reichensteuer für Euro-Millionäre, die gemeinsam mit der KPÖ über 5.000 SteirerInnen gefordert haben.

Der Sparstift regiert weiter und es wird alles verkauft, was dem Land gehört; und dann teuer zurückgemietet. „Sale and lease back“ nennt man das und dass es nicht funktioniert, weil es im Endeffekt noch viel teurer kommt, wissen alle längst.

Nun gibt es eine „Galgenfrist“ bis 2010. Was dann passiert, weiß niemand. Es wird nichts mehr zu verkaufen geben und wir sind nicht nur am Ende dieser Legislaturperiode, sondern auch „am Ende des Geldes“ angekommen!

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Absicherung für Pflegeeltern

Pflegeeltern sollen ab 2010 angestellt und sozialversichert sein.

Auf Initiative der KPÖ fehlt der Landtag die sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern beschlossen. Eine Anstellung für Pflegeeltern nach dem BAGS-Kollektivvertrag (für Gesundheits- und Sozialberufe) soll 2010 kommen. Pflegemütter und -väter haben dann Anspruch auf Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.

„Pflegeeltern übernehmen die Erziehung von Kindern in Ausnahmesituationen. Entsprechend herausfordernd ist ihre Arbeit. Dass ihnen dafür nicht einmal eine minimale Absicherung zugestanden wurde, war ein untragbarer Zustand“, freut sich KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler.

Derzeit können in beispielsweise in Graz 500 Kinder nicht bei ihren eigenen Eltern leben, nur 200 davon sind in Pflegefamilien versorgt.